

## **19. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung behinderter Menschen am 5. Mai 2011**

Im Rahmen des Europäischen Protesttages gegen Diskriminierung behinderter Menschen veranstaltete der Arbeitskreis Bremer Protest in diesem Jahr den 19. Bremer Protesttag mit einem Demonstrationzug durch die Bremer Innenstadt und anschließender Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz.

Das Motto des 19. Bremer Protesttages:

### **Behindertenrechtskonvention in Bremen und Bremerhaven: Umsetzung nicht ohne uns!**

Der Arbeitskreis Bremer Protest ist ein Bündnis von behinderten und nicht-behinderten Menschen und tagt einmal monatlich. Die Organisation des Protesttages erfolgt traditionell durch die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen und den Landesverband der Gehörlosen in Zusammenarbeit mit weiteren Verbänden der Behindertenselbsthilfe. Organisationsverantwortung für den diesjährigen Protesttag haben zudem der Werkstattatrat Bremen und das Jugendgemeinschaftswerk übernommen. Hinzu kamen zahlreiche ehrenamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich erneut und dankenswerterweise in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase engagiert einbrachten und so zum Gelingen des Protesttages erheblich beitrugen.

Seit über einem Jahr beschäftigt sich der AK Protest schwerpunktmäßig mit dem Thema „Behindertenrechtskonvention – Umsetzung in Bremen“. Zuletzt wurde vom Arbeitskreis als Mitveranstalter im März 2011 eine Po-

diumsdiskussion mit Landespolitikern der Bremer Bürgerschaftsfraktionen durchgeführt. An diesem Tage zeigten sich alle politischen Vertreter – vor der Wahl im Mai 2011 – als Befürworter eines Fahrplanes zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Rahmen eines Aktionsplanes, wie er bereits seit längerem für Rheinland-Pfalz vorliegt.

Mit dem Demonstrationzug durch die Bremer Innenstadt am 5. Mai wollte der AK Protest einerseits die politischen Akteure an ihre Bekenntnisse zugunsten eines Aktionsplanes öffentlichkeitswirksam erinnern. Andererseits galt es, die Bremer Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Forderungen der lokalen Behindertenbewegung zu informieren.

Hierzu setzte sich der Demozug bei Sonnenschein um kurz nach 12 Uhr unter der Führung von Cassandra Ruhm in Bewegung. Startpunkt für die über 500 Teilnehmer war die Bremer Stadthalle. Über einen Lautsprecherwagen trug Cassandra Ruhm die zentralen Forderungen behinderter Menschen in die Öffentlichkeit: Die UN-Behindertenrechtskonvention muss befolgt werden, auch in Bremen. Dazu muss sich vieles ändern. Wir brauchen vor allem neue Schulen und neue Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, die behinderte und nichtbehinderte Menschen nicht länger voneinander trennen. An vielen Stellen der Behindertenrechtskonvention steht, dass die Staaten umfangreiche Maßnahmen ergreifen und alles ändern werden, was noch nicht zu den Vorschriften der BRK passt. Viele Bundesländer arbei-

ten deshalb schon länger an Aktionsplänen, um der Konvention Schritt für Schritt näher zu kommen. In Bremen ist leider noch nicht viel geschehen. Deshalb braucht Bremen eine politisch gewollte und legitimierte Arbeitsgruppe, um einen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention auf Landesebene zu erarbeiten. Doch was immer im Namen der Behindertenrechtskonvention geplant wird: Behinderte Menschen müssen selbst bestimmen können, was anders werden soll – und was nicht!

Nach einem 90minütigen Demomarsch über innerstädtische Straßen wie Herdentorsteinweg, Am Wall, Bürgermeister-Smidt-Straße und Obernstraße erreichten die Demonstranten um 13.30 Uhr den Bremer Marktplatz.

Hier wurde der Protesttag mit einer Kundgebung fortgesetzt. Erster Redner war Horst Frehe: „Wir müssen die UN-Behindertenrechtskonvention endlich auf allen Ebenen durchsetzen. Zur Gewährleistung der bundesrechtlichen Ansprüche“, so Frehe weiter, „habe ich gemeinsam mit anderen behinderten Fachjuristen einen umfassenden Entwurf für ein Gesetz zur Sozialen Teilhabe erarbeitet, das wir gestern in Berlin vorgestellt haben. Dort ist es auf großes Interesse gestoßen. Aber auch in den Ländern müssen wir ganz praktisch dafür sorgen, dass behinderte Menschen mehr Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten und nicht vorrangig auf die Sonderarbeitsplätze in der Werkstatt für behinderte Menschen verwiesen werden. Behinderte Menschen müssen alle Unterstützung bekommen, die sie benötigen, um in ihren eigenen Wohnungen leben zu können, und nicht vorwiegend auf Wohnheime verwiesen werden. Zur wichtigen dritten Forderung, nämlich das gemeinsame Lernen und Auf-

wachsen von behinderten und nicht-behinderten Kindern in Kindergarten und Schulen (Inklusion) haben wir in Bremen in den letzten Jahren schon bundesweit vorbildlich viel getan. Beim Wohnen und Arbeiten haben wir allerdings weiterhin großen Handlungsbedarf. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir hier in Bremen zügig einen Aktionsplan für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention erarbeiten und umsetzen.“

Der Weser Kurier vom 06.05.2011 berichtete über weitere Redebeiträge: „Die Werkstatträte Uwe Lange und Uwe Seebode als Vertreter von 1800 Beschäftigten bei der Werkstatt Bremen: ‚Viele Gebäude sind immer noch nicht barrierefrei zugänglich oder für Rollstuhlfahrer nicht ohne fremde Hilfe zu erreichen.‘ Darunter auch etliche Arztpraxen. Sie schilderten aber auch positive Beispiele: Bei der jüngsten Generation der BSAG-Straßenbahnzüge seien die Halteknöpfe gut erreichbar und mit Brailleschrift versehen.“

Weitere Redner waren Martina Reicksmann vom Blinden- und Sehbehindertenverein, Rolf Bauermann (Werkstattrat Bremen), Charlotte Gerlach aus Bremerhaven (Werkstattrat Elbe Weser-Werkstätten) und Dr. Joachim Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter).

Um 15 Uhr beendete der Moderator Wilhelm Winkelmeier (Selbstbestimmt Leben) die Kundgebung. Er rief abschließend dazu auf, sehr genau am 22. Mai bei den Bürgerschaftswahlen zu prüfen, welche Partei sich für die Umsetzung der BRK in welcher Weise einsetzen will.

Hans-Peter Keck

*Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe  
behinderter Menschen Bremen e.V.*